Posener Zeitung.

№ 277. Sonntag den 26. November. 1848.

Inland.

Berlin, den 24. Nov. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: den Land- u. Stadtrichter Weigelt zu Neurode, den Kriminalrichter Pratsch zu Brieg und den Land- und Stadtgerichts-Assessor Gentz zu Neumarkt zu Land- und Stadtgerichts-Räthen zu ernennen.

Der Bischof des Bisthums Kulm, Dr. Sedlag, ist von Halle hier angekommen.

PC Berlin den 22. November. Die Conferenz zwischen den Reichs-Kommissarien und den Fraktionen der fortlagenden Abgeordneten ist, dem Vernehmen nach, vorläufig ohne erhebliche Resultate gewesen. Die Reichs-Kommissarien sollen die Nothwendigkeit, die Versammlung in Brandenburg zu eröffnen, festhalten, und unter den Abgeordneten soll gegen diese Maßnahme noch eine unüberwindliche Abneigung herrschen. Man scheint jedoch nicht abgeneigt, mit einer Bitte um Zurücknahme dieser Maßregel an den König sich zu wenden, und dagegen die Freiheit der Versammlung und gedeihliche Wirksamkeit derselben vollkommen sichernde Versprechungen zu ertheilen. Zu hoffen ist, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden und ein ersprießliches Ende unserer unseligen Zustände herbeiführen.

Hansemann ist gestern Abend zurückgekehrt und soll die Bewegungen in den Provinzen, welche er durchreist hat, nicht für sehr bedenklich ansehen.

Der Steuerverweigerungs-Beschluß des Rumpfparlaments hat sogar in Niederschlesien, in Naumburg, einen sehr bedeutenden Umschwung in der Stimmung hervorgebracht. Dagegen nimmt in Thüringen und in Düsseldorf der gesetzlose Zustand noch mehr überhand. Der bekannte Wühler, Dr. Stockmann, terrorisirt mit einem bewaffneten Freischaarenzuge die Umgegend von Bibra. Berlepsch soll von sächsischen Truppen arretirt worden sein, was in Erfurt die Aufregung noch erhöht hat. In Düsseldorf sollen sich Beamte an dem gesetzlosen Treiben der Bürgerwehr betheiligen. In Münster tagt ein westphälischer Demokraten-Kongreß von 120—150 Deputirten. In Bonn ist die Bürgerwehr, die die Ausführung des Steuerverweigerungs-Beschlusses der Fraktion Unruh unterstützt hat, einstweilen ihres Dienstes enthoben worden. — Der Sitz der Regierung von Düsseldorf soll nach Cleve, der von Liegnitz nach Glogau verlegt worden sein. — Der Abgeordnete Phillips, Oberbürgermeister von Elbing, welcher sich vom Fanatismus in einer der Sitzungen des Rumpfparlaments soweit hinreißen ließ, die ausgeschiedenen Deputirten „Landesverräther" zu nennen" hat von seiner Wahlstadt Elbing eine mit tausenden von Unterschriften bedeckte Adresse erhalten, welche die entschiedenste Entrüstung über sein Verhalten ausspricht, und ihm den dringenden Rath ertheilt, nach der Stadt Elbing nicht wieder zurückzukehren.

Berlin, den 23. Nov. Herr Rodbertus reist heute Abend im Auftrage der National-Versammlung nach Frankfurt, um eine von mehr als 200 Mitgliedern der Versammlung unterschriebene Adresse an die Deutsche Reichs-Versammlung zu überbringen; darin heißt es: Wir Unterschriebenen erklären daher: „daß Herr Bassermann, als Abgesandter der Deutschen Centralgewalt, mit der Preuß. National-Versammlung oder mit den zurückgebliebenen Deputirten, wie er sich auszudrücken beliebt, gar nicht unterhandelt, zu unterhandeln nicht einmal versucht hat. Seine ganze Thätigkeit in dieser Richtung hat sich, so viel wir durch die sorgfältigste Nachforschung haben ermitteln können, darauf beschränkt, daß er unter der ausdrücklichen Erklärung, er komme als Privatmann, dem Präsidenten v. Unruh einen Besuch gemacht, einen nach der Ansicht des Herrn v. Unruh unausführbaren Vorschlag geäußert, und daß er bei Gelegenheit eines Krankenbesuchs ein Mitglied des linken Centrums seine persönliche Meinung über die Bedingungen einer Transaktion hat aussprechen hören, ohne dieselben richtig erfaßt zu haben. Daß die Preußische National-Versammlung nur auf die von Herrn Bassermann angegebenen Bedingungen mit der Krone unterhandeln wolle, ist eine Unwahrheit. Berlin, den 22. November 1848."

— Die Universität hat ein Gutachten über das Recht der Krone, zu verlegen und zu vertagen, abgegeben: von den Professoren haben 62, meist Ordinarien, und darunter alle sieben Ordinarien der juristischen Fakultät, sich für das Recht der Krone entschieden.

— Man rechnet, daß gegenwärtig 140 Mitglieder der Rechten, viele Bauern, die sonst auf der äußersten Linken saßen, und einzelne Abgeordnete aus den Centren bereit sind, nach Brandenburg zu gehn. An der beschlußfähigen Anzahl (202) fehlen nur Wenige, welche die Regierung durch Einberufung der Stellvertreter zu ergänzen gesonnen sein soll. Allgemein wird vermuthet, daß das Ministerium Brandenburg nicht eher abtreten wird, als bis es die von ihm begonnenen Maßregeln durchgeführt und sich über seine Politik vor der Versammlung gerechtfertigt hat.

— Düsseldorf ist gegenwärtig in Belagerungszustand erklärt.

— Die Truppen, die bisher in dem hiesigen Museum einquartirt waren, verlassen dasselbe, da die Gemälde durch die Ausdünstung der Mannschaften und den Tabakrauch leiden.

MC Berlin, den 23. Novbr. Berlin ist vollkommen ruhig. Die Zahl der abgelieferten Waffen beträgt nahe an 23,000 Stück. — Mit Ausnahme der Landwehr-Bataillone der 8. Brigade, sind sämmtliche Bataillone des 2. 3. 4. und 6. Armee-Corps und der 9. Brigade in ihrer Formation so weit vorgeschritten, daß die meisten bereits ihre Garnisonen haben verlassen können. — Düsseldorf hat am 22. d. in Belagerungszustand erklärt werden sollen, indem die dortige Bürgerwehr sich für permanent erklärt und sich öffentlich gegen die gesetzliche Gewalten ausgesprochen, und zum Widerstand und offenen Kampf aufgefordert hat.

CC Berlin den 23. November. Potsdam ist für Berlin das ferne Thule. Von Zeit zu Zeit werden über Potsdamer Zustände und Vorgänge so fabelhafte Dinge verbreitet und geglaubt, wie man über Frankfurt oder München weder verbreiten noch glauben würde. Die neuesten Dichtungen betrafen die angeblich veränderte Lebensweise des Königs. Seit der Uebersiedlung in das städtische Schloß lebe der König in tiefster Zurückgezogenheit (etwa, weil wiederholentlich Herrn v. U. persönliche Audienzen abgeschlagen worden?); nur unter militärischer Bedeckung wage er es auszufahren und dann wider seine Gewohnheit im verschlossenen Wagen. Diese Mittheilungen gehen eben von Munde zu Munde. Jeder aber, der nach Potsdam fahren wollte, könnte sich vom Gegentheile überzeugen. Der König dehnt vielmehr seine Spaziergänge zu Fuß, auf denen nur der Adjutant ihn begleitet, häufig nach den entlegensten Stadttheilen aus und nimmt seinen Weg sehr oft nach den Holzplätzen, wo das Volk der Arbeiter sehr zahlreich beisammen ist. Der König hat in der That nichts zu fürchten, und hätte er es auch Ursache, er hat bewiesen, daß er die Furcht nicht kennt.

Der Abg. Gierke ist gestern nach Frankfurt a. M. gereist, wohin ihm heute die Herren v. Berg und Rodbertus folgen um den „entstellten" (!) Bericht Bassermann's über unsere Zustände zu berichtigen. (!)

Die Unterhandlungen zwischen den Reichskommissären und den Delegirten der verschiedenen Parteien unserer Kammer haben noch zu keinem Resultate geführt. Nichts desto weniger ist eine endliche Verständigung höchst wahrscheinlich, wenn gleich die Versöhnung eine vorübergehende sein und dereinst mit dem berühmten baiser l'amourette der ersten französischen Revolution verglichen werden dürfte. Diese Ueberzeugung, daß eine dauernde Annäherung, die Bildung einer festen Partei, bei den tausendfach gespaltenen Elementen der jetzigen Kammer unmöglich ist, hat den Gedanken an eine freundschaftliche Verständigung zwischen Krone und Versammlung über definitive Auflösung der letztern unter den Abgeordneten selbst, und sind wir recht berichtet, besonders in der Partei des Hotel de Russie auftauchen lassen.

Unsere gestrige Angabe über Simson und Hergenhan beruht auf einem Irrthume. Simson ist bereits gestern morgen nach Frankfurt zurückgereist, um zu morgen Abend mit zwei neuen Reichskommissären wieder zu kommen. Zu diesen neuen Commissären wird wahrscheinlich der Präsident von Gagern selbst gehören und für diesen Fall Simson in Frankfurt zurückbleiben. Hergenhan befindet sich unverändert hier.

Die hier anwesenden rheinischen Deputationen von Köln, Coblenz und Trier, Herr Bäcker, Domkap. Broik ꝛc. haben die erbetene Audienz beim Könige nicht erhalten, sondern sind vom Minister-Präsidenten dahin beschieden worden, ihr Anliegen an den König schriftlich einzureichen. Heute Morgen ist auch Vater Karbe verhaftet worden. Es wird behauptet, unsere Minister befreundeten sich mehr und mehr mit dem Gedanken, längere Zeit am Ruder zu bleiben und hätten ihr feierlichst und wiederholt gegebenes Versprechen, ohne Verzug abzutreten, sobald die Ordnung in der Hauptstadt hergestellt sei, schon vergessen. Möchten doch die Herren, wenn sie wirklich die Patrioten sind, für welche sie sich ausgeben, bedenken, welchen ungeheuern Einfluß ihr ferneres Verbleiben im Amte den Demokraten geben würde, deren Uebergriffe sie doch zu bekämpfen glauben. In Schlesien tritt urplötzlich ein Patriotismus zu Tage, der um so erhebender ist, je plötzlicher er sich regt. Wenn in jener Provinz auf einer Seite hin und wieder Steuerverweigerungen vorkommen mögen, so werden auf der andern Seite so viele freiwillige Opfer auf dem Altar des sinkenden Vaterlandes niedergelegt, daß man unwillkührlich an 1812 und 13 erinnert wird. Die Frauen opfern selbst ihre Trauringe. Zachariae erläßt, freilich etwas spät, einen feierlichen Protest gegen den Steuerverweigerungsbeschluß, dem sich viele Abgeordnete anschließen werden.

Berlin den 24. Nov. Die Herren Rodbertus und v. Berg sind gestern Abend im Auftrage der Nationalversammlung nach Frankfurt abgereist, um eine von mehr als 200 Mitgliedern der Versammlung unterschriebene Adresse an die Deutsche Reichsversammlung zu überbringen, in welcher gegen den von dem Unterstaatssekretair Bassermann in der 118. Sitzung der Deutschen Reichsversammlung über seine Sendung nach Berlin erstatteten Bericht protestirt wird.

— Die Englische Regierung hat von den Kronjuristen ein Gutachten über die Berechtigung der Krone Preußens zur Verlegung und Vertagung der Nationalversammlung erfordert und einstimmig haben dieselben diese Berechtigung der Krone zugesprochen.

— Auf Veranlassung des Polizei-Präsidiums sollen jetzt in verschiedenen Polizeirevieren Bezirksgerichte zur sofortigen Schlichtung kleiner Streitfälle gebildet werden. Den hier nicht legitimirten Fremden, so wie den arbeitslosen Personen, welche nicht ortsangehörig sind, wird der Aufenthalt in Berlin gegenwärtig nicht gestattet.

— Eine Milderung des hiesigen Belagerungszustandes ist bereits dadurch eingetreten, daß die nächtliche strenge Thorsperre aufgehört hat, und auch mehreren Besitzern von Bier- und Kaffeehäusern gestattet worden ist, ihre Lokale länger, als bis 10 Uhr Abends offen zu halten. (Spen. Z.)

Berlin, den 24. Nov. Zur Vermeidung fernerer Mißverständnisse über die kürzlich beim Kammergericht stattgehabten vielfach besprochenen Verhandlungen, wird hierdurch aus amtlicher Quelle mitgetheilt, daß der Instruktions- und Criminal-Senat des Kammergerichts keineswegs über die Rechtmäßigkeit des Belagerungszustandes berathen, sondern daß die Berathungen lediglich die der Politik fremde Frage betroffen haben: „ob nach den bestehenden Gesetzen während des Belagerungszustandes in gewissen Untersuchungen gegen Civil-Personen, der Militair- oder Civil-Gerichtsstand für begründet zu erachten sei."

— Dem Präsidenten der National-Versammlung, Herrn v. Unruh, ist folgende Erklärung eingereicht worden: Wir unterzeichneten Abgeordneten ha-

ben zu unserer nicht geringen Ueberraschung aus vielen Wahlbezirken erfahren, daß in denselben Plakate, worin ein Seitens der Nationalversammlung einstimmig gefaßter Beschluß der Steuerverweigerung zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, in zahllosen Exemplaren umlaufen. Wir halten diese, mit der Unterschrift „Die National-Versammlung" versehenen Plakate nicht für offiziell, weil uns von einem Beschluß solcher Veröffentlichung nichts bekannt ist; dennoch haben wir auf alle Fälle nichts versäumen wollen, hiemit dagegen feierlich Verwahrung einzulegen: 1) weil wir sämmtiich für den Steuerverweigerungs-Antrag nicht gestimmt haben, indem wir theils zu der Sitzung vow 15ten d. M. gar nicht oder nicht rechtzeitig eingeladen waren, theils für den Beschluß uns nicht erhoben haben, die Ankündigung der einstimmigen Annahme also von vorne herein auf einen Irrthum beruhte, dessen sofortige Berichtigung durch die der Abstimmung folgende Aufregung und den schnellen Schluß der Sitzung unmöglich gemacht wurde; 2) weil der Beschluß von der National-Versammlung noch gar nicht gefaßt ist, indem der betreffende Antrag nach der Geschäftsordnung nur durch eine zweite Abstimmung in einer folgenden Sitzung, die bis jetzt noch nicht stattgefunden hat, zum Beschluß erhoben werden konnte; 2) weil somit der Beschluß der Veröffentlichung durch Plakate nicht gefaßt werden konnte, und wie bereits im Eingange bemerkt worden, auch nicht gefaßt worden ist. Diese Gründe allein werden schon genügen, um diese unsere Erklärung zu rechtfertigen. Berlin, den 22. November 4848. Zachariae. Bornemann. Bredt. Kalbersberg. Fleischer. Scholtz (Kr. Meseritz). Reigers. Schultze (Minden). Kutzen. Mrozik. Jander. Dane. Köhler (Görlitz). Fretzdorff. Duncker. Knuth. Tietze. Feyerabend. Maaßen.

— Die Hauptstadt ist in der größten Ruhe. Von den an die Bürgerwehr verabfolgten Feuergewehren, deren Zahl sich auf 26,000 beläuft, sind über 22,000 abgeliefert. — Die Arbeiten in der Domkirche zu Brandenburg schreiten rasch vorwärts und werden zum 27. d. M. jedenfalls beendigt sein.

Breslau, den 22. Nov. Da der wirkliche Vorsteher der Stadtverordneten, Prof. Dr. **Regenbrecht** zurückgetreten, hält unter den jetzigen Zeitumständen an seiner Statt der Stellvertreter Dr. **Grätzer** täglich eine Sitzung. Aus der heutigen melden wir Folgendes: Der von den Bürgerwehr-Führern gestellte Antrag auf Einsetzung eines Sicherheits-Ausschusses wird verworfen. In gleicher Weise fällt der Antrag auf eine Art Friedenskommission*), da die Bürgerwehrführer als conditio sine qua non die Wahl von neun Vertrauensmännern forderten, denen sich drei aus dem Magistrat und 6 aus den Stadtverordneten beigesellen sollten. Hingegen wurde der Antrag auf Bildung einer ähnlichen Deputation aus Vertrauensmännern angenommen, welche von den Stadtverordneten vorgeschlagen werden und nach der Städteordnung den Stadtbehörden in allen ihren Beschlüssen untergeordnet sein sollten. **Regenbrecht**, sowie die ausgeschiedenen unbesoldeten Stadträthe sollen laut Beschluß nicht als ausgeschieden betrachtet, sondern durch eine Deputation aufgefordert werden, in ihrer vorigen Stellung zu verbleiben.

In Betreff der Vorfälle auf dem Rathhause am Abend des 20. Nov. sind dreierlei Anträge gestellt worden, die darauf hinausgehen, daß die Bürgerwehr-Führer schriftlich erklären sollen, in wiefern sie sich bei jenen Anträgen und Forderungen betheiligt haben. Einige dieser Herren wollen nämlich von der ganzen Sache nichts wissen. Nicht minder ist auf strenge Untersuchung über den quasi-Belagerungszustand des Rathhauses durch die Bürgerwehr gedrungen worden.

Halle, den 22. Nov. Prorektor und Senat der Friedrichsuniversität haben, mit überwiegender Mehrheit beschlossen, eine Erklärung zu veröffentlichen, in welcher die Schritte der Krone gebilligt und die Steuerverweigerung verworfen wird. Es haben sich somit bereits die Universitäten Berlin, Breslau, Halle in gleichem Sinne ausgesprochen.

Magdeburg, den 23. Novbr. Aus den Adressen der verschiedenen Städte der Provinz, welche die **Magdeburger Zeitung** mittheilt, geht hervor, daß nach dem letzten Beschluß der Nationalversammlung in Betreff der Steuerverweigerung ein Umschwung in der öffentlichen Meinung eingetreten ist. Die Städte und Vereine, welche den ersten Schritt und die anfängliche Haltung der Abgeordneten billigten, sprechen jetzt ihr Mißtrauen gegen sie aus, beharren aber dabei, daß das Ministerium Brandenburg einem anderen volksthümlichen Platz mache. So der konstitutionelle Verein des Saalkreises, der Kriegerverein in Kalbe u. A.

Erfurt, den 21. Nov. Die Landwehrmänner waren heute, dem Ruf folgend, hier zusammengekommen, erklärten aber, daß sie nur der Nationalversammlung folgen würden, worauf der Major sie wieder nach Hause entließ, was mit Bravo aufgenommen wurde. Die Landleute waren mit Trommeln, zum Theil bewaffnet, erschienen. Die hiesigen Stadtverordneten werden die Steuern einziehen und bis zum Ministerwechsel reserviren. Von dem Halberstädter Landwehrbattaillon sind zwei Offiziere auf die Citadelle von Magdeburg gebracht worden.

Düsseldorf, den 21. Novbr. Leider bleibt es hier nicht bei der Zustimmung der „permanenten Volksversammlung" zu dem unseligen Steuerverweigerungsbeschlusse der Fraktion Unruh, vielmehr hat der Taumel sogar auch die höchsten Behörden ergriffen. Von einem Theile des Regierungskollegiums ist in der Sitzung der Antrag gestellt worden, jenem Beschlusse sofort Geltung zu geben und namentlich die Abführung der Ueberschüsse aus den Königlichen Kassen an die Centralkassen einstweilen zu inhibiren. Dem stürmischen Andringen dieser Partei des Kollegii wußten die bestürzten Konservativen nichts Anderes entgegenzusetzen, als die Forderung, man möge diese Anträge auf dem vorschriftsmäßigen Wege der schriftlichen Eingabe an das Kollegium gelangen lassen, wo sie dann ordnungsmäßig ihre Erledigung finden würden. Der schon bejahrte Regierungs-Präsident **v. Spiegel** soll außer Stande sein, den Sturm zu bändigen oder auch nur zu lenken, und man spricht davon, es solle ihm eine der heftigen Zeitbewegung gewachsene, kräftigere Persönlichkeit als Nachfolger gegeben werden.

*) Nicht um Frieden überhaupt, sondern Frieden zu stiften zwischen den beiden gegenüberstehenden Parteien.

Coblenz, den 21. Novbr. Die zur Abnahme der im Oberlande befindlichen Truppen bestimmten Dampfboote sind leer zurückgekommen, da die Truppen einstweilen dort verbleiben sollen. Man bringt die Rücknahme dieses vom Reichs-Minister befohlenen Einrückens der Reichs-Truppen in die Rheinprovinz mit einem Schreiben des Königs an den Reichsverweser in Verbindung, nach welchem der König ein Einrücken von Reichs-Truppen jetzt deßwegen nicht wünsche, da er die Hoffnung hege, die Ruhe und gesetzliche Ordnung auf andere Weise als durch Anwendung der Gewalt herzustellen. Die Quelle dieser Mittheilung verdient einiges Vertrauen. — Gestern gegen Abend trat das Militair zum Schutze der Schlacht- und Mahlsteuer auf. Nachdem der Kommandeur der Bürgerwehr die Anfrage: ob Seitens der Bürgerwehr auf Schutz der Steuer-Erhebung zu rechnen sei, mit Nein beantwortet, erhielt die Wache am Thore, welche sich bisher bei der Sache passiv verhalten hatte, Befehl, die Steuer-Beamten auf Anfordern zu unterstützen, welchen gleichzeitig mehrere Gensd'armen und Policisten beigegeben wurden. Der Morgen ging ziemlich ruhig vorüber; aber am Nachmittage sammelte sich eine große Menge Zuschauer, so daß das Thor fast nicht zu passiren war, und es kamen mehrere Fälle vor, wo die Wache einschreiten mußte, welches jedesmal unter großem Geschrei der Menge erfolgte, aber jedesmal glücklich vorüberging. Gegen 4½ Uhr aber, als einige Wagen mit Mehl gleichzeitig mit dem vom Markte kommenden Vieh das Thor passiren wollten, konnte die Wache nebst Polizei dem Andrange nicht hinlänglich Widerstand leisten, und es kamen schnell zur Unterstützung derselben zwei Compagnieen des 25. Infanterie-Regiments mit einem Major an der Spitze. Derselbe forderte nunmehr das Volk im Namen des Königs auf, sich zu zerstreuen, widrigenfalls er feuern lassen würde, welches mit Hohngelächter erwidert wurde, und im Augenblicke wirbelten die Trommeln zum ersten Male und, da die Leute wenig Lust bezeigten, den Platz zu verlassen, zum zweiten Male, worauf sich die Menge zerstreute. Das Militair sperrte die Straße ab, und den Ermahnungen einiger Bürger Folge leistend, verliefen sich die Versammelten. Heute Morgen werden Seitens des demokratisch-politischen Vereins die Bürger durch ein Plakat aufgefordert, an den Thoren die übliche Deklaration nicht zu unterlassen, da die Steuer-Verweigerung sich nicht auf die Schlacht- und Mahlsteuer beziehe und der Stadt ein großer Theil dieser Steuer zufalle. Dazu möge man sich nicht in großer Menge an den Thoren aufhalten, um dem Militair keine Veranlassung zum Einschreiten zu geben.

Frankfurt a. M., den 21. Novbr. (O.-P.-A.-Z.) **119te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung.** Reichskriegsminister **von Peucker** beantwortet die Interpellation des Herrn Förster von Hünfeldt (inkl. Simon's aus Trier) mit einem bestimmten „Nein". (Beifall.) (Siehe die Beilage zu No. 275. unserer Zeitung unter Frankfurt a. M. den 20. Novbr.) Eine Interpellation des Abgeordneten Wesendonck und eine andere des Abgeordneten Wichmann anlangend, welche auf die Nichtpublikation der Reichsgesetze in Preußen und Oesterreich sich beziehen, so erklärt der Reichs-Justizminister, daß die in den letzten Tagen des September und Anfangs Oktober verkündigten Reichsgesetze den betreffenden Bevollmächtigten bei der Centralgewalt zum Behufe der örtlichen Veröffentlichung mitgetheilt worden. Nachdem das Reichs-Ministerium mittelst eines Cirkulars über die Vornahme dieser Veröffentlichung Anfrage gehalten, seien die entsprechenden Antworten mit Ausnahme sehr weniger Staaten, wozu allerdings die beiden größeren gehörten, eingegangen. Auf eine desfallsige Zuschrift habe die Preußische Regierung die Antwort ertheilt, daß die Bekanntmachung der Reichsgesetze im Preußischen **Staats-Anzeiger** erfolgen werde, in dem Preußischen Gesetzblatt würden jedoch nur jene Gesetze erscheinen, die einer örtlichen Veröffentlichung fähig seien. Darauf habe das Reichs-Ministerium erwiedert, daß die Reichsversammlung nicht in dieser Weise die Publikation ihrer Gesetze beschlossen, sondern die Veröffentlichung habe in dem amtlichen Theile der Landes-Regierungsblätter zu erfolgen. Darauf habe die Preußische Regierung nach der Art und Weise der Veröffentlichung der Reichsgesetze in anderen Staaten sich erkundigt; die erforderliche Antwort habe das Reichsministerium ertheilt, inzwischen aber sei von der Regierung zu Berlin keine weitere Eröffnung eingelaufen. Diese Frage sei darum den Instruktionen des Herrn Bassermann beigefügt worden, die jedoch bei den gegenwärtigen Verhältnissen, wie der Versammlung bekannt sei, vorläufig unerledigt hätte bleiben müssen. Der Herr Reichsminister bemerkt noch, daß die Reichsgesetze in der Preußischen Gesetzsammlung sich zwar vorfinden, jedoch nur insoweit dieselben dem Rahmen der Preußischen Gesetzesform entsprächen. Anders verhalte sich die Sache in Oesterreich. In der Beantwortung des Reichs-Cirkulars habe der Oesterreichische Bevollmächtigte den Anfang gemacht und, auf die Veröffentlichung der Reichsgesetze durch die Provinzialblätter hinweisend, bemerkt, daß das Gesetz über die Centralgewalt im amtlichen Theil der **Wiener Zeitung** abgedruckt stehe. Bei näherer Prüfung habe das Reichsministerium jedoch gefunden, daß diese Veröffentlichung nicht im amtlichen Theil jenes Blattes, sondern in einer Weise erfolgt sei, als habe man darunter blos „Amtliches aus Frankfurt" zu verstehen. (Hört!) Der Oesterreichische Bevollmächtigte hat inzwischen Frankfurt verlassen, und den nach Wien abgegangenen Reichskommissären seien auch in dieser Beziehung die nöthigen Instruktionen mitgegeben worden. **Löw** aus Posen erstattet Namens des betreffenden Ausschusses Bericht über die Oesterreichische Angelegenheit. Der Majoritäts-Antrag des Ausschusses, von 10 Mitgliedern unterzeichnet, lautet: In Betracht, daß das Reichs-Ministerium durch Beschluß der National-Versammlung vom 3. November aufgefordert worden, die Anerkennung der Centralgewalt in Deutsch-Oesterreich zur vollen Geltung zu bringen und die Ehre und die Interessen Deutschlands in Oesterreich zu wahren; in Erwägung, daß die bis jetzt hierzu angewandten Mittel als unzulänglich sich erwiesen, beschließt die Nationalversammlung dem Reichs-Ministerium neuerdings aufzugeben, zu bewirken, daß die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt in Oesterreich und die Ausführung der Reichsgesetze daselbst erfolge, und daß die gegen Wien verhängten Ausnahmemaßregeln aufgehoben werden.

Die Minorität des Ausschusses (Pattai, Venedey, Reitter, Kirchgeßner beantragt: In Erwägung, daß die Reichs-Kommissäre Welcker und Mosle gegenüber der Oesterreichischen Regierung nicht jene Achtung sich erworben, welche der National-Versammlung, der Centralgewalt und deren Kommissarien gebührt; in Erwägung, daß das Reichs-Ministerium in der Oesterreichischen Frage nicht die Stellung eingenommen, welche das Interesse Deutschlands erforderte, fordert die National-Versammlung das Reichs-Ministerium von neuem auf, nachdrückliche Schritte zu thun, um zu bewirken, daß die von der Reichsversammlung gefaßten Beschlüsse in Deutsch-Oesterreich unverweilt in Vollzug gesetzt werden. Der Vositzende macht bekannt, daß der Ausschuß für die Preußische Frage mit der Abfassung des Berichts im gegenwärtigen Augenblicke noch beschäftigt sei, und schlägt darum vor, die Sitzung auf wenige Stunden zu vertagen. Der Vorschlag wird abgelehnt und vorbehaltlich der Berathung über die Preußische Angelegenheit zur weiteren Tagesordnung geschritten. Der Präsident H. von Gagern nimmt den Vorsitz ein und verliest Art. VII. des Verfassungs-Entwurfs, das Zoll- und Handelsgebiet des Deutschen Reiches betreffend. Nach Verlesung der hierzu gestellten Verbesserungsanträge wird die Vollendung des Ausschußberichts für die Preußische Frage angezeigt. Der Abgeordnete Jordan (aus Berlin) erhält das Wort zur Berichterstattung über diesen Gegenstand: Der Ausschuß habe ausführliche Erkundigungen eingezogen und die Herren Bassermann, Rappard und mehrere Mitglieder dieser Versammlung, so wie die Herren Reichensperger und Ostermann, Mitglieder der Preußischen Landes-Versammlung, als Zeugen vernommen. Die Ausschußanträge seien lediglich das Produkt der bekannt gewordenen Thatsachen und erhaltenen Zeugenaussagen, sie seien eine formulirte innere Nothwendigkeit derselben. Der Ausschußbericht führt an: wie in Berlin eine völlige Gesetzlosigkeit geherrscht habe; wie von der Bürgerwehr Berlins beim Allarmschlage nie mehr als ein Drittheil erschienen sei, in einzelnen Quartieren manchmal nur 10 oder 12 Mann; wie dort ein „Freicorps zum Dienst der Freiheit“ organisirt worden sei; wie der ganze Verlauf der Thätigkeit der Preußischen National-Versammlung die Unfreiheit dieser Versammlung gezeigt habe; wie den Mitgliedern der Linken stets lärmende Ovationen, den Mitgliedern der Rechten stets Gewaltthaten und Todesdrohungen zu Theil geworden seien; wie von dem Club der Rechten, wie aus verschiedenen Theilen des Landes selbst mehrmals Declarationen und Aufforderungen ausgegangen, die Landesversammlung von Berlin an einen anderen Ort zu verlegen; wie mehrere Mitglieder der Rechten sich von Berlin entfernt hätten, weil die Landes-Versammlung nicht frei sei, nicht frei berathe; wie am 31. Oktober die Landes-Versammlung, als sie über den Waldeckschen Antrag bezüglich des Belagerungszustandes von Wien berieth, selbst von einem Volkshaufen im Belagerungszustande gehalten worden, wie die Thüren des Sitzungslokales verrammelt und vernagelt gewesen seien, und wie man die Mitglieder nicht herausgelassen habe, bis der Waldecksche Antrag angenommen war; wie die Bürgerwehr es damals nicht gewagt habe, die Landesversammlung in Schutz zu nehmen gegen jenen Volkshaufen; wie alle Anträge der Rechten, Schutzgesetze zu erlassen, in der Versammlung mit offenem Hohn zurückgewiesen worden seien; wie einmal Maschinenarbeiter in dem Sitzungssaale erschienen und sich auf Abgeordnetensitze niedergelassen und, als man sie veranlaßte, sich zu entfernen, erklärt hätten, daß sie später mit 3000 Leuten zurückkommen würden und man sie dann wohl nicht zurückweisen werde. Der Ausschußbericht bemerkt weiter: Die anfänglich kleine Linke sei durch den von außen einwirkenden Terrorismus allmälig angewachsen bis zur Majorität; dem Ausschuß sei es außer Zweifel, daß solchem Zustande ein Ende gemacht werden müßte; nur über das Wie könne Meinungsverschiedenheit bestehen; die von Fractionen der Landesversammlung selbst und durch viele Stimmen aus den Provinzen schon längst verlangte Maßregel der Verlegung erscheine nicht als inconstitutionell; sie sei nur das mildeste aller Mittel, der Landesversammlung die Würde und die Freiheit ihrer Berathungen wieder zu verschaffen. Nachdem sich der König nach einander an 15 Männer vergeblich gewendet, habe sich endlich das Ministerium Brandenburg gebildet, dazu entschlossen, seine Existenz aufs Spiel zu setzen; die Landesversammlung habe hierauf den constitutionellen Boden verlassen und einen durchaus ungesetzlichen Schritt gethan, indem sie vornherein gegen die Bildung eines Ministeriums protestirte und dadurch ein constitutionelles Recht verletzte; seitdem habe sich die in Berlin zurückgebliebene Versammlung zu wahrhaft unerhörten Schritten fortreißen lassen, zu Schritten, die in keinem Verhältniß gewesen zu dem, wodurch diese Schritte hervorgerufen worden, und zu einer bloßen Uebersiedelung der Versammlung nach Brandenburg. Die Verweigerung des Budgets sei zwar ein constitutionelles Recht der Volksvertreter; inconstitutionell, eine Rechtsverlezzung sei es aber, wenn man die Entrichtung der in gesetzlicher Weise bereits votirten Abgaben suspendiren wolle; dem Ausschusse und jedem wahren Freunde des Vaterlandes bleibe nichts übrig, als sich gegen solche Uebergriffe zu erklären, um das Vaterland zu retten, welches durch solche Schritte, für lange Jahre vielleicht, in seiner Existenz gefährdet werde. Die Mittheilung über die Bedingungen, welche von mehreren einflußreichen Mitgliedern der Preußischen Landesversammlung dem Herrn Bassermann bezeichnet worden seien zur Beendigung des Konflikts, sei von anderen Zeugen von anderer Seite nicht nur bestätigt, sondern noch vermehrt worden (hört!); diese Bedingungen seien gestellt worden von den Herren Unruh und Kirchmann. (Bewegung; rechts und im Centrum: hört!) Herr von Unruh habe gesagt: „Nichts Anderes könne zur Beendigung des Konflikts führen, als die Abdankung des Königs;“ als man gefragt, ob der Prinz von Preußen dann die Regierung übernehmen solle oder dessen Sohn, habe Herr v. Unruh bemerkt: „Allerdings wolle man mit ihm regieren; aber nur unter der Bedingung, daß er sich allen Beschlüssen unbedingt unterwerfe, bis die Verfassung fertig sei“ (hört!); da dies die schlimmste Art von Republik sei, eine Republik mit einem bloßen Schattenkönige, so sei diese Bedingung natürlich nicht zugegeben worden; Herr Kirchmann habe geäußert: „Der König bleibt; er soll sich aber nach Berlin begeben; die Prinzen sollen sich aus Preußen, wenigstens auf einige Zeit, entfernen; Jacoby und Waldeck, wenigstens einer derselben, müsse in das Ministerium treten und Wrangel und die Mitglieder des Kabinets einem Hochverraths-Prozeß unterworfen werden; der König selbst habe für die neuen Minister charte blanche zu unterzeichnen.“ (Hört!) Der Ausschuß empfiehlt der Versammlung, folgenden Beschluß zu fassen: „Die National-Versammlung, in Verfolg ihrer Beschlüsse vom 14ten d. M. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, fordert die Centralgewalt auf, durch die in Berlin anwesenden Reichs-Kommissaire hinzuwirken auf die Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt; sie erklärt den auf Suspension der Steuererhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich fur null und nichtig; sie erklärt endlich, daß sie die dem Preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde.“ v. Rappard erklärt, daß von allen thatsächlichen Angaben, die er dem Ausschusse mitgetheilt, auch nicht ein einziges Wort in dem verlesenen Berichte vorkomme (hört!), und verlangt, daß entweder das Protokoll des Ausschusses verlesen oder daß es ihm verstattet werde, seinen im Ausschusse gehaltenen Vortrag von der Tribüne zu wiederholen. Der Präsident erwiedert, daß er Herrn v. Rappard im Laufe der Verhandlungen das Wort ertheilen werde. Die Versammlung geht mit Stimmeneinheit auf die sofortige Berathung über die Ausschuß-Anträge ein. Jordan aus Berlin theilt Namens des Ausschusses mit, daß v. Rappard's Angaben, weil mehr auf persönlichen Ansichten, als auf Thatsachen beruhend, in den Bericht nicht hätten aufgenommen werden können. Zwei Verbesserungs-Anträge werden verlesen. Zur Eröffnung der Diskussion, zu deren Theilnahme 12 Redner für und 23 gegen die Ausschußanträge sich haben einschreiben lassen, erhält das Wort von Rappard: Die Vorwände zur Begründung der von der Preußischen Regierung ergriffenen Maßregeln, beginnt er, liefen immer auf das Ziel hinaus, die Versammlung sei nicht frei in ihren Berathungen. Das Bild, welches der Reichskommissair Bassermann von Berlin entworfen, sei nicht das richtige, die Folgen, die er (der Redner) daraus ziehe, seien ganz die entgegengesetzten. Mitglieder der Preußischen Versammlung hätten versichert, daß die Reaction fortwährend es darauf angelegt habe, die zum Schutze der Versammlung anzuordnenden Maßregeln zu verhindern. Was man dieser Versammlung zur Last lege, beruhe lediglich auf Aeußerungen einzelner ihrer Mitglieder. Mit Willen der Reichsversammlung sei auf jene Vertretung Terrorismus ausgeübt worden: mit seinen politischen Freunden fühle er diesen unerhörten Terrorismus. (Ruf: Thatsachen!) Deutschland habe geglaubt, Männer hierher zu schicken zur raschen Entscheidung seiner großen Fragen; aber alle müßten dem büreaukratischen Verfahren der Ausschüsse unterliegen, in welche wieder nur Mitglieder der Majorität gewählt würden. Sämmtliche Beschlüsse würden am grünen Tische berathen unter dem Einfluß der Reichsminister. Der Redner führt an, welche Sympathieen die Preußische Landesversammlung in allen Theilen des Landes besitze, wie dagegen ein Schrei des Unwillens über die von der Reichsversammlung in der Oesterreichischen und Preußischen Frage gefaßten Beschlüsse vernehmbar sei. Daraus habe er die Ueberzeugung geschöpft, daß, falls die Reichsversammlung diese Bahn fortwandele, sie mit dem Bundestag von einem und demselben Leichentuche bedeckt werde. (Links: Bravo!) von Vincke eignet sich die Motive an, die von der linken Seite der Behauptung unterlegt worden sind, seit dem März sei das Recht an die Stelle der Willkür getreten. Was für Thatsachen auch vor dieser Zeit auf die Ministerien eingewirkt haben möchten, der gegenwärtige Zustand des Preußischen Staats und die Befugniß der Krone seien durchaus rechtlich. Die Preußischen Vertreter hätten sich selbst das Gesetz der Vereinbarung der Verfassung angeeignet. Im Volke aber herrsche die Ueberzeugung, daß sämmtliche Handlungen der Landesversammlung nicht dem Zweck entsprächen, wozu sie berufen. Sei jetzt eine Vertagung angeordnet, so könne dieselbe, wie ein früherer Redner meine, auf Jahre lang nicht stattfinden. Der Mißbrauch hebe den Gebrauch nicht auf. Solche Fälle seien im englischen Parlament nie vorgekommen. Man bestreite das Recht der Krone die Minister zu ernennen; allein nach konstitutionellen Begriffen stehe dieses Recht unzweifelhaft der Krone zu; wo nicht, so werde die Krone zum Sklaven der Versammlung und der Staat zur schlechtesten Republik gemacht. Nach einer Widerlegung der Behauptungen und Ansichten von Rappard's kommt der Redner auf die Steuerverweigerung zu sprechen. Der betreffende Beschluß sei unter dem Eindringen des Militair, unter Tumult gefaßt worden, und nicht mit jener Ueberlegung und Ruhe, wie es den Vertretern des Landes gezieme. Stellvertreter der ausgeschiedenen Mitglieder habe man einberufen, um die Versammlung beschlußfähig zu machen. Man habe Steuern verweigert, die man nicht einmal das Recht habe, zu bewilligen; eine in der Geschichte unerhörte Handlung, die geeignet sei, den ganzen Staatsorganismus lahm zu legen. Der Redner stimmt nur für den zweiten Antrag des Ausschusses. Werde die Steuerverweigerung gebilligt, so führe man den Umsturz des Preußischen Staats herbei. Wolle man Republik oder Monarchie, so werde man in solcher Weise einen Entschluß nicht ins Leben führen wollen. Da, wo die Rechtsbegriffe stündlich mehr in das Bewußtsein dringen, gelte es, diese Begriffe aufzuklären, und des Spruches eingedenk zu sein: „Recht muß doch Recht bleiben.“ (Beifall).

(Schluß folgt).

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 20. November. Die Regierung hat heute früh außerordentliche Depeschen von dem Gesandten Hrn. Em. **Arago** aus **Berlin** erhalten, in deren Folge sogleich ein Kabinetsrath einberufen wurde. Man scheint sich auf Ereignisse von höchster Wichtigkeit in Preußen gefaßt zu machen.

— Aus **Mailand** erfährt man, daß die Hinrichtungen fortdauern. Die Zeitungen von Genua und Venedig enthalten nichts von Belang. In Turin ist die Zeitung l'Opinione wegen ihrer Angriffe auf die Regierung weggenommen worden. Die Kantone Bern und Aargau sind von dem Bundes-Kommissariat Tessins aufgefordert, jeder ein Bataillon Infanterie, Zürich eine Batterie von sechs Geschützen, Thurgau eine Kompagnie Karabiniers, Luzern eine halbe Reiter-Schwadron zu stellen. Die Batterie Zeller, von Zürich, hat schon Marschbefehl erhalten.

— Den Prinzen Louis umgeben bereits die Vorboten künftiger Macht und Herrlichkeit; er hat Schmeichler uud man macht Caricaturen auf ihn. Er hat seinen Spaß daran, sie zu sammeln, und wo irgend möglich, darüber zu lachen; aber es ist selten möglich. Die Zerrbiider auf Louis Bonaparte sind ebenso grob und gemein, wie die Zerrbilder auf Louis Philipp und früher auf Karl den Zehnten. Zum Träger der Satire hat man nichts Gescheiteres gefunden, als einen Esel. Bald sieht man den Prinzen mit langen Ohren, wie er eine Proklamation an die Mauer klebt, und der Kaiser schaut mit einem Fernrohr auf ihn aus den Wolken und spricht: Mein Neffe macht wieder dumme Streiche; bald ist es ein Esel, der die Stiefel, den Oberrock, Hut und Degen des Kaisers auf dem Rücken hat, mit der Inschrift: L'âne aux reliques, eine Anspielung auf die bekannte Fabel von Lafontaine. Dann wieder schwebt ein ungeheurer Eselskopf in den Wolken, und das Volk schaut staunend und jubelnd zu ihm empor, und unten steht geschrieben: „das geistreichste Volk der Erde." Ein anderes Blatt zeigt den Prätendenten auf einem Käfig, in dem ein Adler sitzt; der Prätendent ist klein und unscheinbar, im Kostüm Napoleons, das viel zu groß ist. Am erträglichsten ist noch die Karikatur, die ihn als Konstabler darstellt, wie er eine Heerde Esel die Revue passiren läßt, die alle nur von hinten sichtbar sind; sie stellen die Kommissare vor, welche der Prinz, im Interesse seiner Kandidatur, in die Departements schickt. Es ist die Parodie des Bildes von Raffet, welches eine Musterung der Königlichen Garde durch Napoleon darstellt.

Dänemark.

Kopenhagen, den 19. November. Die abgetretenen Minister haben den neuen ihre Unterstützung versprochen. Aus Stockholm meldet man vom 14., daß der Französische Gesandte alle in Stockholm sich aufhaltende Franzosen aufgefordert habe, sich zu melden, um an der Wahl des Präsidenten der Französischen Republik Theil zu nehmen. Nach amtlicher Quelle hatte Stockholm am Schluß des vorigen Jahres 57,985 Einwohner. — Die Inseln Alsen und Arroe sind, ungeachtet der Convention von Malmoe, noch von den Dänen besetzt.

— In höhern Kreisen cirkulirte hier dieser Tage die Abschrift einer an den **Russischen Gesandten in Frankfurt** gegangenen Note, worin der Kaiser erklärt, die Rechte Dänemarks bewahren zu wollen, und müsse er es auch mit **Waffenmacht** thun. Dabei glaubt man nun, daß das neue Ministerium, in Uebereinstimmung mit dem Könige, bei den in London bevorstehenden Friedensunterhandlungen sich auf keine Bedingungen einlassen wird, die den auch durch den Reichstag ausgesprochenen Wünschen der Nation zuwider wären.

Italien.

Rom, den 11. Novbr. Der deutsche Gesandte **Heckscher** ist mit seinem Sekretair, Hrn. **von Türkheim**, über Neapel hier eingetroffen. Obwohl er zwar nur auf der Durchreise Rom berührt, so macht sein Erscheinen doch bei den Italienern große Sensation. Das Wachsthum der politischen Macht Deutschlands wird ihnen von Tag zu Tag bedenklicher, und so manche Erscheinung wissen sie sich bei ihrer Unbekanntschaft mit den deutschen Verhältnissen gar nicht zu erklären. Der Frankfurter Reichstag ist ihnen sehr verhaßt, und da man hofft, was man wünscht, so hat man seine Auflösung mehr als einmal vorausgesagt. Statt dessen sehen sie nun seine Gewalt täglich wachsen. — In **Ferrara** hat man die Holzvorräthe des Hospitals in Brand gesteckt, und nur mit Mühe ist es gelungen, die Kranken in Sicherheit zu bringen.

Neapel, den 5. Nov. Admiral Baudin ist am 31. Okt. mit 2 Fregatten nach Tunis abgesegelt. Am gleichen Tage hatte unser Reichsgesandte Heckscher dem Französischen und Englischen Admiral einen Besuch an Bord abgestattet. Er wurde durch Salven begrüßt; die Deutsche Flagge ist aber von genannten Flotten noch nicht gekannt, und konnte daher nicht aufgehißt werden. (!)

Neapel, den 8. Novbr. Auf den Bourbon von Neapel hat der Sieg der Camarilla und von Windischgrätz einen folgenschweren Eindruck gemacht. Er ist vollständig mit den Höfen von Berlin, Wien und Petersburg einverstanden und erklärt **ohne alle erhebliche Veranlassung** Neapel aufs Neue in **Belagerungs-Zustand**.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Den 22sten d. Mts. Abends $8\frac{1}{4}$ Uhr starb meine innig geliebte Frau, **Adelhaid** geb. **Sonnenburg** an der Cholera in einem Alter von 26 Jahren.
Schroda, den 24. November 1848.
Eduard Fitzner,
Kassenkontrolleur und Kalkulator.

Gerichtliches Aufgebot.

Auf dem im Wreschener Kreise belegenen, früher dem Rittmeister **Anton v. Czarnecki** gehörig gewesenen adeligen Gute **Gorazdowo** ist unter Rubrica III. No. 2. des Hypothekenbuches Folgendes eingetragen gewesen:

„Die den Geschwistern des Eigenthümers **Anton v. Czarnecki**, namentlich der minorennen **Rosa**, **Marianna** und **Angelica v. Czarnecka** als Erben ihres Vaters **Adalbert v. Czarnecki** aus dem vierten Theile des eigentlichen Werthes dieses Gutes gebührende, in Absicht des Quanti noch nicht ausgemittelte, in baarem Gelde zu leistende Abfindung, welche nach der Anmeldung vom 11ten November 1795 auf den Grund der Agnition des Eigenthümers **Anton v. Czarnecki** vom 26sten Oktober 1796 und 11ten April 1797 vigoıe decreti vom 18ten November 1797 allhier eingetragen worden."

Das Gut **Gorazdowo** ist unter Sequestration und demnächst zur Subhastation gestellt worden.

Bei der Vertheilung der Revenüen und Kaufgelder ist auf obige Post ein Kapitals-Antheil von 9934 Rthlr. 15 Sgr. 3 Pf., zinsbar vom 9ten November 1837 ab, gefallen, welcher bei dem Depositorio weiter verzinslich, als eine Special-Masse angelegt worden ist, weil das Hypotheken-Dokument fehlt.

Diese Special-Masse, bestehend in dem Kapitale von 9934 Rthlr. 15 Sgr. 3 Pf., und den davon bereits aufgekommenen und noch aufkommenden Zinsen wird hiermit aufgeboten. — Es werden alle diejenigen Unbekannten, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber oder sonst Berechtigte Ansprüche an die Special-Masse zu haben vermeinen, aufgefordert, diese Ansprüche spätestens in dem vor dem Oberlandesgerichts-Referendarius **Keigel** auf den **29sten December 1848 Vormittags um 10 Uhr** in unserm Instruktionszimmer anberaumten Termine bei Vermeidung der Präklusion anzumelden.

Der Rittmeister **Anton v. Czarnecki** und die Erben der **Antonina v. Czarnecka**, werden hierdurch öffentlich von dem anberaumten Termine benachrichtigt.

Posen, den 19. März 1848.
Königl. Ober-Landesgericht. Abtheilung für die Prozeß-Sachen.

Als Domainen-Amts-Aktuarius kann ein unverheiratheter Mann, mit dem vollständigen Ausweise über seine tüchtige Geschäftskenntniß, besonders im Rechnungswesen, so wie in der Landwirthschaft und über seine moralische Führung, hier sogleich eintreten.
Althöfchen, den 24. November 1848.
Königl. Domainen-Amt.

Meine gut eingerichtete koncessionirte Apotheke bin ich Willens zu verkaufen, zahlungsfähige Käufer können das Nähere auf portofreie Anfragen erfahren.
Gniewkowo, im November 1848. **Roman.**

Eine Färberei mit großer Rolle, nebst allen dazu gehörenden Utensilien, ist in **Rakwitz** zu jeder Zeit zu verpachten, oder nebst dem dazu gehörenden Hause zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilen auf frankirte Briefe der Bürger St. **Klemczynski** in **Kosten**, so wie auch der Bürger Jg. **Klemczynski** in **Rakwitz**.

Einem geehrten Publikum machen wir die ergebene Anzeige, daß wir den so beliebten Schnupftabak „**Etranger**" erhalten haben.
Posen, den 30. Oktbr. 1848.
Gebrüder Friedländer,
Markt unterm Rathhause No. 4.,
und
Breslauer-Straße No. 30.

Hierdurch zeigen wir ergebenst an, daß wir der

Handlung C. Busch
in Posen, Friedrichsstraße No. 25.,

den alleinigen Verkauf unseres **Bairischen Bieres** übertragen, woselbst dieses Bier in größeren und kleineren Gebinden zu denselben Preisen, wie in der Brauerei, unter Hinzurechnung der Eisenbahnfracht, stets zu haben ist.
Stettin, den 18. November 1848.
Die Bairische Bierbrauerei Weidmanns Wittwe & Comp.

Auf obige Annonce Bezug nehmend, bemerke ich, daß obiges Bier bei mir in meinem Lokal auch einzeln ausgeschenkt wird. **C. Busch.**

Heute empfing ich eine frische Sendung **Brustkaramellen** gegen **Husten** und **Verschleimung**, **Pfeffermünzplätzchen** als Präservativ gegen die **Cholera**, **Wurm-Chocolade** für **Kinder**, und auch **Stücken-Chocolade** aus der rühmlichst bekannten Fabrik von **Franz Schulz** in Berlin, Jüdenstraße. Diese **Artikel** empfiehlt bestens

Ludwig Johann Meyer,
Neuestraße neben der Griechischen Kirche.

Berliner Börse.

Den 24. November 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$75\frac{5}{8}$	$75\frac{1}{8}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	92	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	82
Grossh. Posener „	4	$96\frac{1}{4}$	—
„ „	$3\frac{1}{2}$	$79\frac{1}{2}$	79
Ostpreussische „	$3\frac{1}{2}$	—	$87\frac{3}{4}$
Pommersche „	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärk. „	$3\frac{1}{2}$	—	$91\frac{1}{4}$
Schlesische „	$3\frac{1}{2}$	—	—
„ v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$87\frac{1}{2}$	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{3}{4}$	$12\frac{1}{4}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	$79\frac{1}{2}$	$79\frac{3}{4}$
„ Prioritäts-	4	—	$83\frac{1}{2}$
Berlin-Hamburger	4	—	64
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$89\frac{3}{4}$	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	$53\frac{1}{2}$
„ „ Prior. A. B.	4	—	78
„ „ „	5	—	$87\frac{1}{2}$
Berlin-Stettiner	4	—	$87\frac{1}{2}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$75\frac{1}{2}$
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	90	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$68\frac{1}{4}$
„ Prioritäts-	4	—	$83\frac{1}{2}$
„ „	5	—	95
„ „ III. Serie	5	—	$89\frac{3}{4}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$89\frac{3}{4}$	$89\frac{1}{4}$
„ „ B.	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{1}{4}$
Rheinische	—	—	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	—	—
„ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	50	—
Stargard-Posener	4	67	$66\frac{3}{4}$

(Mit zwei Beilagen)

Inland.

Berlin, den 23. Nov. Eine bedeutende Anzahl der größten Grundbesitzer in Schlesien hat sich unter dem 20. d. Mts. in einer Adresse an Se. Majestät den König gewandt, um zu erklären, daß sie bereit seien, ihre im Amortisationsfonds des Schlesischen Kredit-Instituts befindlichen bedeutenden Ersparnisse als Beitrag zur freiwilligen Anleihe darzubringen; sie haben zugleich in der Aussicht auf die möglicherweise dem Preußischen Staate unter den jetzigen Umständen entstehenden Geldverlegenheiten die Hoffnung ausgedrückt, daß alle ihre Mitstände auf den laut gewordenen Wunsch eingehen und durch einen Gesammt-Beschluß ihren aus 2 Millionen bestehenden landschaftlichen eigenthümlichen Fonds als Beitrag zur freiwilligen Anleihe zur Disposition stellen werden.

PC Berlin den 23. November. Der Freischaarenführer Dr. Stockmann im Eckartsberger Kreise soll gestern verhaftet worden sein. Im Hirschberger und Landshuter Kreise hat der Aufstand keinen weitern Fortgang gehabt. Auch in Guben und in Sommerfeld ist die Ruhe wieder hergestellt und in Breslau scheint sich dieselbe von Tag zu Tag mehr zu befestigen. Ganz ungestört blieb die Ordnung in Preußen, Posen und Westphalen.

Berlin, den 24. November. Es scheint kaum einem Zweifel zu unterliegen, daß Montag eine beschlußfähige Versammlung in Brandenburg zu Stande kommen wird; außer der Rechten sollen viele Bauern und katholische Geistliche und ein Theil des Hotel de Russie hinzugehen bereit sein; ein anderer Theil derselben Partei will nur in dem Fall hingehen, wenn dort eine beschlußfähige Versammlung ohnehin zusammenkommt; der Rest des Hotel de Russie soll gesonnen sein, wie das linke Centrum, nicht hinzugehen und sein Mandat niederzulegen, die äußerste Linke dagegen nicht hinzugehen, aber ihr Mandat zu behalten.

— Von mehreren Abgeordneten geht uns die Erklärung zu, daß ihnen von dem Auftrage nichts bekannt geworden sei, den die Abgeordneten Rodbertus und v. Berg nach einer in den Zeitungen gestern mitgetheilten Notiz von der hiesigen National-Versammlung erhalten haben sollen. (D. R.)

Breslau, den 23. Nov. (Schl. Z.) Der 20. November liegt hinter uns. Er ist kein 18. Juli 1418 geworden; unsere Rathsherren sind nicht aus den Rathsfenstern gestürzt, nicht von den fanatisirten Haufen zerrissen worden, sie sind mit dem bloßen Schrecken davon gekommen und noch alle am Leben, obwohl nicht mehr im Amte. Daß sich jene Schauerscenen nicht wiederholen, verdanken wir nicht etwa der Humanität unseres Jahrhunderts; heute wie damals waren die wilden Kräfte in Bewegung, heute wie damals herrschte derselbe Sturm entfesselter Leidenschaften; den bessern Ausgang verdanken wir einem einzigen Augenblick. In demselben einige Gran Erregtheit und Leidenschaftlichkeit mehr auf der einen Seite, auf der andern dagegen etwas mehr Trotz und Entschiedenheit, und vor unseren Augen wäre das Unglaublichste geschehen!

Als die Insulten gegen den Magistrat und die Stadtverordneten ausgeführt werden sollten, stellte sich ein Mann vor dem Sessionszimmer den herandrängenden Bürgerwehrmännern mit kalter Entschlossenheit entgegen. „Nur über meine Leiche wird der gehen, der diesen Männern, den eingeschlossenen Magistratualen, ein Haar krümmen will!" sprach er, und wankte selbst dann nicht, als man ihm mit Gewaltthätigkeiten drohte. — Welch ein Erfolg, wenn alle Gutgesinnten gleichen Muth gehabt hätten!

Stettin, den 22. November. Hier ist nachstehende Erklärung erschienen: „In der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten am 12. d. M. ist eine Petition an den König und eine Adresse an die National-Versammlung beschlossen; beide Beschlüsse sind nicht einstimmig gefaßt. Ehre und Aufrichtigkeit legen uns die heilige Pflicht auf, öffentlich hierdurch zu erklären:

daß es nur der Vorspiegelung, „einzig und allein auf diesem Wege sei die Erhaltung der Krone und Verhinderung von Blutvergießen möglich", gelungen ist, uns im Augenblicke der künstlich gesteigerten Aufregung zu einer Zustimmung zu veranlassen, welche wir aufrichtig bedauern.

Freimüthig legen wir dies offene Bekenntniß zur Warnung Aller ab, welche, durch ähnliche Mittel verleitet, ein Opfer der Leidenschaft und Verführung werden können.

Stettin, den 21. November 1848. Die Stadtverordneten.

Stettin, den 23. Novbr. In Folge der Beschlüsse unseres Magistrats und der Stadtverordneten am 12. d. M. zu Gunsten der renitenten Mitglieder der National-Versammlung hatte General Wrangel an seine Gemahlin hier den Befehl gegeben, den Bürgerbrief, den er im vorigen Jahre von der Stadt erhalten, mit einem Trauerflor zu umziehen. — Inzwischen hat die Majorität der Stadtverordneten ihren übereilten Beschluß offen und freimüthig bereut. Der ehrenfeste Sinn von Pommerns Hauptstadt, der einen Augenblick untergraben schien, ist um so glänzender wieder durchgebrochen, und die Nachricht davon hatte alsbald auch den General Wrangel bewogen, seinen Bürgerbrief wieder des Flores entkleiden zu lassen. Zu diesem Zwecke begab sich gestern eine Deputation von Stadtverordneten in das Haus des Generals und feierlich ward dort durch sie die Trauerhülle wieder von dem Bürger-Ehrenzeichen genommen. (N. Z.)

☾ Halle, den 22. Novbr. In der Stadt und Umgegend ist Alles wieder ganz ruhig. Die gefürchtete Thüringsche Demokraten-Schaar ist auch des Nachts nicht bis hierher vorgedrungen, sondern hat nach zuverlässigen Nachrichten eine andere Richtung eingeschlagen. Sie will von Naumburg über Leipzig nach Torgau, um von da verstärkt ihre Operationen zu machen. — Jetzt eben 6 Uhr ist unter großem Jubel ein Landwehr-Bataillon vom 26. Infanterie Regiment eingerückt. Wie es heißt, soll dasselbe das hiesige ersetzen, welches von hier ausrücken soll, — wohin ist noch unbestimmt. Heute sind in den Zeitungen Steckbriefe zu lesen auf 3 Hauptführer der hiesigen Demokraten, welche wegen Aufruhrs mit hochverrätherischer Absicht verfolgt werden.

Trier, den 20 Nov. Das Regierungs-Präsidium hatte durch ein Placat die Maßregel der Steuerverweigerung als nicht durchführbar geschildert und den sie in Anwendung Bringenden mit Zwangsmaßregeln gedroht. Auf dem Hauptmarkte wollte das dort, besonders an den geschäftslosen Sonntag-Nachmittagen gewöhnlich zahlreich versammelte Volk das Placat abreißen, und als dasselbe durch Militair von der nahe gelegenen Hauptwache geschützt wurde, kam es zwischen demselben und dem Volk zu Conflikten, die sich leider bis zum Abend hinein verlängerten. Es kam zum Gebrauch der Seitengewehre von Seiten der 26er, die auf Wache waren, und es mischten sich bald auch außer Dienst befindliche, aber bewaffnete, Soldaten des 26. Regiments mit ein. Es fielen viele, zum Theil bedeutende Verwundungen, auf Seiten der Bürger vor, und namentlich ist der Oberbürgermeister a. D., Hr. v. Haw, gefährlich verwundet worden. Der Bürgerausschuß mahnt von allen Straßenkrawallen ab. Auch unsere Zeitung enthält eine Menge Adressen von Gemeinderäthen aus Merzig, Ottweiler, 61 Wahlmännern in Berncastel 2c. an die Nationalversammlung in Berlin.

Düsseldorf, den 22. Novbr. Der Vorgang im Schooße unseres Regierungs-Kollegiums, welchen ich Ihnen in meinem gestrigen Briefe berichtete, löste auch noch die letzten Bande der Ordnung und des Gesetzes in unserer Stadt und trieb die Verwirrung auf den höchsten Gipfel. Die Bürgerwehr unter Cantador beherrschte die Stadt unumschränkt, und ging so weit, die für Königliche Kassen einlaufenden Gelder auf dem Postamte mit Beschlag zu belegen. Aufgeregt von dem Hauptagitator, dem berüchtigten Lasalle, rotteten sich Massen zusammen und drehten mit Exzessen aller Art. Sobald daher die erforderlichen Truppen (namentlich auch ein Bataillon aus Köln) herbeigezogen waren, blieb den schon verübten Gewaltthaten und den noch drohenden Gefahren gegenüber nichts übrig, als die Stadt in Belagerungszustand zu erklären. Auf Anordnung des Staatsprokurators Ammon wurde sofort zur Verhaftung des Lasalle geschritten und dann die Entwaffnung der rebellischen Bürgerwehr angeordnet. Sie wird in ähnlicher Weise, wie in Berlin, und ohne sonderliches Widerstreben zur Ausführung gebracht. Nichts destoweniger ist die Stadt heute noch sehr aufgeregt. Unter den Haufen, die sich überall zusammengerottet haben, weigern sich mehrere hartnäckig auf die an sie gerichtete Aufforderung auseinanderzugehen, und es steht noch dahin, ob es nicht demnächst zur Anwendung von Waffengewalt kommen wird. Bisher ist nur eine Verwundung, nämlich die eines trunkenen Arbeitsmannes, vorgekommen, welcher sich einem Sergeanten thatsächlich widersetzte; bei der in der Stadt herrschenden Stimmung aber bedarf es nur eines unbedeutenden Anlasses, um ernstlich Blut fließen zu machen. Möchte es der bekannten Besonnenheit und Milde des Militair-Chefs, Obersten v. Drygalski, gelingen, uns diese äußerste, barbarische Nothwendigkeit zu ersparen.

Aachen, den 21. Nov. Die Bürgerwehr erklärt in Uebereinstimmung mit der Bekanntmachung des Gemeinderaths, daß sie zur Erhebung der Steuern nicht mitwirken, dagegen hülfreiche Hand leisten werde, damit die steuerpflichtigen Gegenstände an den Thoren gehörig nachgesehen und verzeichnet werden können.

Frankfurt, den 21. Nov. Es herrscht hier eine große Bewegung in der National-Versammlung, die sich hauptsächlich gegen das Ministerium wendet. Schmerling und Bassermann werden allgemein vermieden. Ersterer soll bereits ein österreichisches Ministerpatent besitzen und von Beiden sagt man, daß sie darauf ausgingen, Preußen Oesterreich zu opfern. Die Theilnahme an den Verhandlungen der Nationalversammlung ist übrigens größer als je, und die Gallerien wimmeln von Menschen in schweigender banger Erwartung. — Beckerath ist noch hier, man hofft indeß auf seine unmittelbare Mitwirkung bei dem „Versöhnungsministerium." — Hr. v. Gagern hat in den letzten Tagen das Präsidium des Reichsministeriums ausgeschlagen, um seine jetzige Stellung zu bewahren. — Am 20. wurden hier mit Einbruch der Nacht große militairische Vorsichtsmaßregeln getroffen und die Thoee geschlossen, ohne daß man den Grund erfahren hätte. — Eine kirchliche Todtenfeier für Robert Blum findet hier Hindernisse, indem die Kirchenvorstände dazu die Kirchen verweigern.

Frankfurt, den 22. Nov. Der Reichsverweser hat in Betreff des Zwiespalts der Krone und eines Theils der Volksvertreter Preußens folgende Proklamation erlassen:

An das Deutsche Volk!

Deutsche! In ernster Stunde für unser Vaterland spreche ich zu Euch; hört meine Worte mit Vertrauen! Eine beklagenswerthe Spaltung ist eingetreten zwischen der Krone und den Volksvertretern Preußens. In weiten Kreisen hat das Deutsche Volk Partei genommen in diesem Streite; es hat es gethan in ruhiger und gesetzmäßiger Haltung. Aber auch die Stimme der Leidenschaft ertönt, und sie zündet neue Leidenschaft. Ein Theil der Preußischen Volksvertretet hat beschlossen, daß die Erhebung der Steuern einzustellen sei. Die Bande des Staatslebens sind dadurch gelockert, die bürgerliche Gesellschaft ist tief erschüttert, Preußen und mit ihm ganz Deutschland stehen auf der Schwelle des Bürgerkrieges. Preußen! Die zu Frankfurt versammelten Vertreter des Deutschen Volks haben in so verhängnißvollem Augenblicke das ausgleichende Wort des Friedens gesprochen. Die Reichs-Versammlung hat verlangt, daß Preußens König sich mit Männern umgebe, welche das Vertrauen des Landes genießen. Sie hat die Euch gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten feierlich verbürgt; sie hat Euch gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung derselben ihren Schutz zugesagt. Sie hat aber zugleich den auf die Einstellung der Steuererhebung gerichteten Beschluß der Preußischen Volksvertreter für nichtig erklärt. Preußen! Die Reichsversammlung zu Frankfurt vertritt die Gesammtheit der Deutschen Nation, ihr Ausspruch ist oberstes Gesetz für Alle! Deutsche! In voller Uebereinstimmung mit der Reichs-Versammlung werde ich handeln. Ich werde die Vollziehung jenes Beschlusses nicht dulden, welcher durch Einstellung der Steuererhebung in Preußen die Wohlfahrt von ganz Deutschland gefährdet. Ich werde aber auch die Bürgschaft der Rechte und Freiheiten des Preuß. Volkes zur Geltung bringen; sie sollen ihm unverkümmert bleiben, wie allen unseren Deutschen Brüdern. Ich rechne auf Euch, Preußen; Ihr werdet mir beistehen; Ihr werdet jede Ungesetzlichkeit, jede Gewaltthat meiden und Euch der Freiheit werth zeigen. Haltet den Frieden, ich werde ihn wahren. Deutsche! Auf Euch Alle

rechne ich. Steht Ihr zu mir, wie ich zu Euch stehe! Das längst ersehnte Ziel, nach dem wir streben, ist näher gerückt, bald wird das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und unser schönes Vaterland wird in Einheit und Freiheit groß und mächtig sein! Frankfurt a. M., den 21. November 1848.

Der Reichsverweser: Erzherzog Johann.

Die Reichsminister: Schmerling. Peucker. Duckwitz. Beckerath. R. Mohl.

Bremen, den 20. Nov. Hier hat am 19. ein großer Festzug zu Ehren des in Wien erschossenen Robert Blum stattgefunden. Der Zug ging nach dem Domplatz, wo eine Todtenfeier Statt fand, der alle Militairs und Bürgerwehren beiwohnten; man zählte etwa 5000 Menschen. Die amerikanische Fregatte St. Lawrenze ist von Bremerhafen nach Lissabon abgesegelt.

Wien, den 20. Nov. Der Mangel an Lebensmitteln wird hier schon äußerst fühlbar und drückend. Die Preise der Lebensmittel sind im Vergleich mit dem vorigen Jahre, wo ebenfalls eine große Theurung herrschte, enorm hoch und steigen mit jedem Tage. Hierzu kommt noch ein allgemein ausgestreutes Gerücht, daß sechs Wochen gar keine Lebensmittel nach Wien eingeführt werden, daher sich die Bevölkerung wenigstens auf 6 Wochen mit Proviant zu versehen habe. Der Gemeinderath erklärt dieses Gerücht als ein böswilliges. Am meisten leidet darunter die arme Bevölkerung und die Massen von subalternen Beamten, welche, wenn ihnen nicht Theuerungszuschüsse bewilligt werden, unter diesen Umständen unmöglich subsistiren können.

— 21. Nov. Endlich ist das Ministerium gebildet, und zwar in folgender Weise: Ministerpräsident Wessenberg, Minister des Aeußern Fürst Felix Schwarzenberg, Minister des Innern Graf Stadion, Minister der Finanzen Baron Kraus, Minister des Krieges Gen.=Maj. P. Cordou, Minister der Justiz Dr. Bach (provisorisch), Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten v. Bruck, Minister der Agrikultur Baron Thienfeld, das Ministerium des Unterrichts wird provisorisch durch Graf Stadion versehen.— Dem FML. Moga ist vom Fürsten Windischgrätz noch die Frist bis zum 26. Nov. gestellt worden, um zu den österreichischen Fahnen mit den ihm unterstehenden Truppen zurückzukehren, nach deren fruchtlosem Ablauf den mit den Waffen gegen die kk. Truppen Betretenen die kriegsrechtliche Behandlung angekündigt wird. — Vorgestern wurde in einer hiesigen Vorstadt eine Fabrik falscher Banknoten entdeckt, man fand einen Vorrath von 11,000 Fl. in Zwei=Flor. Scheinen. —

— 22. Okt. Offiziere versichern, daß der Belagerungszustand Wiens aufgehoben werde, wenn die kais Truppen in Pesth einrücken.

Ein hiesiger Handelsmann will, nach Herstellung des Associationsrechtes, einen Verein zu Gunsten aller Arretirten gründen. Jeder, der einmal arretirt zu werden besorgt, leistet nur eine mäßige Einlage und erhält, wenn ihm der menschliche Fall zustößt, gleichviel, ob er schuldig sei oder nicht, täglich 20 kr. C. M. aus der Gesellschaftskasse. Außerdem trifft der Verein alle erlaubten Maßregeln zur Befreiung des Gefangenen. — Der Mann wird gute Geschäfte machen!

Olmütz, den 20. Nov. Gestern sind Fürst Schwarzenberg und Dr. Bach nach Wien abgereist; wir glauben, Maßregeln der Milde, welche demnächst in Wien eintreten sollen, mit dieser Mission in Verbindung bringen zu dürfen. Zugleich mit ihnen sind die Mitglieder der Frankfurter Reichsversammlung Plötzl und Paur aus Augsburg nach Wien gegangen. Ueber ihre Sendung verlautet zwar nichts Gewisses, allein sie dürfte wohl auf die Hinrichtung Robert Blums und die Anerkennung des Beschlusses über die Unverletzlichkeit der deutschen Parlamentsglieder Beziehung haben. Auch eine Deputation österreichischer Serben, sowie der Sachsen aus Siebenbürgen weilt seit einigen Tagen in unsern Mauern und beide drücken unverholen den Wunsch aus, mit den übrigen Völkern Oesterreichs in nähere politische Verbindung zu treten. (Oestr. C.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 21. Nov. Für die Familie Robert Blum's hat die demokratische Presse eine europäische Subscription eröffnet. Sämmtliche demokratische Journale nehmen Beiträge an. Auch in den Kaffeehäusern liegen Listen aus.

— Der Wahnsinnsprozeß gegen Mortier, ehemaligen Französischen Gesandten an verschiedenen Höfen, wird binnen 14 Tagen in der Appellinstanz öffentlich zur Verhandlung kommen.

— Die Nachrichten, welche über die Konstitutionsfeier aus den Provinzen einlaufen, sind im Ganzen zufriedenstellend. Doch sind einige Fälle vorgekommen, wo nicht der Ruf: „es lebe die Republik!“, sondern der Ruf: „es lebe der Kaiser!“ erschallte.

— Louis Philipp will, wie es heißt, nach Neapel übersiedeln, wenigstens den Winter dort zubringen, da das Klima von England seiner Gesundheit nicht zuträglich ist.

— Vorgestern sagte ein Gemälde=Hausirer, Hubert, auf dem Wege nach Romainville im Eilwagen zu zwei anderen Passagieren: „Wir müssen Barbès und Raspail an die Spitze der Regierung stellen, denn die jetzigen Leute sind Schurken. Was Louis Napoleon betrifft, so will ich seine Ermordung übernehmen.“ Bei der Ankunft in Romainville gaben die Mitreisenden ihn den Gendarmen an; er wurde verhaftet und nach Paris in das Gefängniß der Präfektur gebracht. Einer früher wegen Betrugs gegen ihn angeordneten Verhaftung war er, wie sich beim Verhör ergab, durch die Flucht entgangen.

Spanien.

Madrid den 16. Novbr. Die Gaceta enthält folgenden amtlichen Artikel: „In einigen Zeitungen von New=York, deren Artikel die englischen Blätter wiederholt haben, ist die Rede von einer in Madrid zwischen der spanischen Regierung und dem nordamerikanischen Gesandten angeknüpften Unterhandlung, die darauf gerichtet wäre, daß Spanien die Insel Cuba gegen eine Geldsumme an die Vereinigten Staaten abtreten solle. Wenngleich eine so abgeschmackte Angabe sich selbst widerlegt, so halten wir doch, um die Absichten, welche deren Urheber und Verbreiter bezielen mögen, zu vereiteln, für angemessen, auf gehörig befugte Weise zu erklären, daß jene Angabe durchaus jedes Grundes ermangelt.“

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Bürger in Schrimm! Wir melden uns als Leidensgefährte. Auch wir haben weder einen Servis für unsere Garnison erhalten, noch hat man uns die für das Militair geleisteten Fuhren bezahlt. Man sagt, die Gelder zu unserer Befriedigung seien bereits ausgezahlt, und wir wählen deshalb den Weg der Oeffentlichkeit, und bitten die hohen Militairbehörden, uns gefälligst die nöthige Auskunft darüber geben zu wollen.

Mehrere Bürger in Pudewitz.

Heut hat sich hier ein Verein für König und Vaterland, welcher die Posener Statuten vom 28. Oktober c. angenommen hat, gebildet.

Rogasen, den 22. November 1848.

Das Comité.

Dr. Francke. Krupski. Lucas. Langnmayr. Drewitz. Könnemann.

An die politisch=romantischen Dichter der Posener Zeitung.

Lasset ab von Eurem Dichten;
Ewig bleibt es schnödes Richten;
Selbst vom Teufel aufgeblasen,
Tragt voll Hoffart Ihr die Nasen.

Lasset ab vom Versewühlen;
— Prosa wird Euch eher kühlen —
Weil Euch stets der Teufel bleibet,
Daß Ihr schlechte Verse schreibet.

Marktbericht. Posen, den 24. November.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 18 Sgr. 11 Pf., auch 1 Rthlr. 27 Sgr. 9 Pf.; Roggen — Rtlr. 24 Sgr. 5 Pf., auch — Rtlr. 27 Sg. 9 Pf.; Gerste 22 Sgr. 3 Pf. auch — Rtl. 26 Sgr. 8 Pf.; Hafer 13 Sgr. 9 Pf., auch 16 Sgr. — Pf.; Buchweizen — Rtlr. 22 Sgr. 3 Pf., auch — Rtlr. 26 Sgr. 8 Pf.; Erbsen 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rtlr 5 Sgr. 7 Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 9 Sgr. — Pf.; Heu zu 110 Pfd. 20 Sgr. — Pf. auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr. — Sgr., auch 4 Rtl. 10 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 25 Sgr., auch 2 Rthlr.

Posen, den 24. November. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80⁰⁄₀ Tralles $12\frac{1}{3}$ — $12\frac{2}{3}$ Rthlr.
